

„Birgt die Gefahr einer Verzettelung“

Braucht Österreich eine neue technische Universität in Linz? Nein, warnt der Vorsitzende des unabhängigen Wissenschaftsrats. Antonio Loprieno rät vielmehr zu Kooperation und Konsolidierung bestehender Hochschulinstitutionen.

INTERVIEW: Lisa Nimmervoll

Der Vorstoß kam aus dem Nichts: Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) kündigte an, bis 2024 in Linz eine neue technische Universität errichten zu wollen. Braucht Österreich eine vierte TU neben jenen in Wien und Graz sowie der Montan-Uni Leoben? Antonio Loprieno war bereits 2011 Mitglied einer Expertengruppe, die der Regierung Empfehlungen für eine koordiniertere Weiterentwicklung des Hochschulsystems lieferte.

STANDARD: Was halten Sie vom Vorstoß, eine TU in Linz zu errichten?

Loprieno: Ich nehme ihn als sehr willkommene Initiative, in Bildung zu investieren. Aber die letzten Jahre haben gezeigt, dass die besten Investitionen jene sind, die nicht nur Masse schaffen, sondern kritische Masse. Das ist ein extrem wichtiger Faktor, gerade auch im Hinblick auf Informatik und künstliche Intelligenz. Kritische Masse in Bildung und Forschung impliziert Wettbewerbsvorteile im Sinne von Standortvorteilen. Da geht der momentane Trend in der Wissenschaftslandschaft nicht Richtung Schaffung neuer Institutionen, sondern Konsolidierung bestehender Strukturen.

STANDARD: Gibt es dafür Beispiele?

Loprieno: Ja, nehmen wir die schöne Idee der Technischen Universität Nürnberg, die seit 2018 im Aufbau ist. Das Problem ist, dass diese Entscheidung unausweichlich zum Nachteil der altherwürdigen Universität Erlangen-Nürnberg geht. Es wäre viel interessanter gewesen, die Uni Erlangen-Nürnberg um eine technische Komponente im großen Stil zu erweitern, als etwas ganz Neues herbeizuführen. Ich habe den Eindruck, das gilt auch für Oberösterreich. Ich würde mir wünschen, falls die Entscheidung getroffen wird, dass das im Zusammenhang mit der Universität Linz passiert, gegebenenfalls mit der Fachhochschule Hagenberg – dass eine Form von Konsolidierung angestrebt wird und nicht eine Parallelisierung und Doppelspurigkeit; also eher institutionelle Integrationen als interinstitutioneller Wettbewerb. Dafür ist das Land global gesehen zu klein.

Der Trend in der Wissenschaftslandschaft geht nicht in Richtung Schaffung neuer Institutionen.



Der Schweizer Antonio Loprieno ist seit 2016 Vorsitzender des Österreichischen Wissenschaftsrats.

Foto: Heribert Corn

STANDARD: Es hat aber schon jetzt 23 öffentliche Unis, 21 Fachhochschulen, 16 Privat-Unis und 14 pädagogische Hochschulen. Braucht Österreich denn inhaltlich, also bezogen auf den vom Kanzler gewünschten Schwerpunkt Digitalisierung, eine zusätzliche Uni?

Loprieno: Das ist unbestritten ein Zukunftsbereich, der unbedingt auszubauen ist, aber am besten, indem man die Lehre und Forschung neu organisiert. Österreich macht das in der Forschung im Bereich Digitalisierung relativ gut, aber im Sinne von Forschungsexzellenz im Vergleich mit anderen Ländern lässt es ein bisschen zu wünschen übrig. Eine zusätzliche Uni birgt die Gefahr einer Verzettelung.

STANDARD: Welche Aspekte sind dabei zu berücksichtigen?

Loprieno: Es gibt wissenschaftliche, wissenschaftspolitische und ökonomische Aspekte für eine adäquate Einbettung dieser Initiative. Moderne Wissenschaft hat immer eine quantitative Komponente. Die Idee der vereinzelter Forscherin im stillen Kämmerchen funktioniert vielleicht noch in einigen Geisteswissenschaften, aber sicher nicht in infrastrukturintensiven Bereichen wie Informatik oder KI. Es wäre also unbedingt darauf zu achten, dass durch diese Initiative Forschende zusammenkommen und ein Mehrwert durch die Zusammenführung von Potenzial entsteht.

STANDARD: Was ist aus wissenschaftspolitischer Sicht zu bedenken?

Loprieno: Da geht es um die Positionierung der österreichischen Universitäten im internationalen Wettbewerb. Da habe ich eine gewisse Sorge. Wir hatten gerade ein schönes Beispiel mit dem letzten Shanghai-Uni-Ranking. Da sind zwei französische Universitäten – Paris-Saclay und PSL – plötzlich in sehr hohen Positionen aufgetaucht: auf Rang 14 und 36. Das ist sensationell und war nur möglich, weil da historisch ganz unterschiedliche Institutionen, einschließlich Ingenieurschulen, zusammengekommen sind und konsolidiert wurden. In diesem Sinne wäre es viel sinnvoller für die Sichtbarkeit Öster-

reichs, auf Konsolidierung von Institutionen zu setzen.

STANDARD: Bleibt noch die ökonomische Tangente vor dem Hintergrund, dass Österreichs Universitäten nun wirklich nicht in Geld schwimmen.

Loprieno: Es ist viel effizienter, ein zusätzliches Team an einem Standort mit Infrastruktur auszubauen, als Geld auf der grünen Wiese zu verbauen. Da sind die Kosten automatisch sehr hoch. Ich bedaure das auch, weil wir seit Jahren über eine Exzellenzinitiative auch in Österreich sprechen. Alle in der Hochschulszene sind sich einig, dass es wichtig wäre, ein Element des Wettbewerbs einzuführen, und da hätten wir gerade im Bereich Informatik die Chance, einen kompetitiven Exzellenzcluster zu machen. Es wäre traurig, wenn diese Chance durch eine Divide-et-imperato-Politik verlorengehe.

Für institutionelle Parallelisierung und Doppelspurigkeit ist das Land global gesehen zu klein.

STANDARD: Welche Rolle spielen in dem Zusammenhang die auch technisch starken Fachhochschulen?

Loprieno: Es ist interessant, dass der Kanzler an die Gründung einer TU denkt. Ich bin in der Tat der Meinung, dass die technischen Universitäten extrem moderne Institutionen sind, weil sie gleichzeitig an Wissenschaft und Innovation orientiert sind. Das zeigt auch ihr Erfolg. Allerdings hat man in Österreich das große Problem, dass der Fachhochschulbereich noch nicht richtig ausgebaut wurde. Der Kanzler argumentiert ja auch mit dem Fachkräftemangel. Seine Initiative wäre geradezu dazu prädestiniert, auch im FH-Bereich entsprechende Studienplätze zu schaffen, anstatt mit einer neuen Uni auf kleinstem Raum einen institutionellen Wettbewerb in einem strategisch zentralen Bereich zu provozieren, der unnötig und auch kontraproduktiv ist.

ANTONIO LOPRIENO, geb. 1955 in Bari, studierte Ägyptologie, Sprachwissenschaft und Semiotik (u. a. Arabisch, Hebräisch), lehrte u. a. an der University of California, war bis 2015 Rektor der Uni Basel bzw. bis 2014 Präsident der Schweizer Rektorenkonferenz und ist seit 2019 Präsident der Jacobs University Bremen.

Die Opposition will endlich die Corona-Milliarden kontrollieren können

Die Einigung auf einen Kontrollausschuss scheiterte vor dem Sommer – Vergabe der Hilfgelder seit Monaten nicht nachvollziehbar

Jan Michael Marchart

Der Kanzler sagte es so dahin, als wäre es nichts Besonderes. Knapp die Hälfte der 50 Milliarden Euro an Corona-Hilfgeldern habe die Regierung bereits ausgegeben, erklärte Sebastian Kurz (ÖVP) im ORF-Sommergespräch vergangene Woche. Es sei noch genug Geld zur Krisenbewältigung vorhanden. So unfassbar diese Zahlen erscheinen, so wenig lassen sich die Zahlungsströme im Detail nachvollziehen. Geläufig sind gerade noch die Namen der Töpfe, aus denen das Geld kommt. Am Ende des Tunnels bleibt es aber dunkel.

Die Opposition drängt seit April auf einen Corona-Kontrollausschuss im Parlament, um die milliardenschweren Hilfgelder kontrollieren

zu können. Nun versucht sie einen neuen Anlauf. Die SPÖ verlangt den Beschluss eines medienöffentlichen Ausschusses für die Corona-Hilfen gleich bei der ersten Nationalratssitzung nach der Sommerpause am 23. September. „Die Steuerzahler haben das Recht zu wissen, ob die 50 Milliarden Corona-Hilfgelder bei denen ankommen, die sie brauchen“, sagt SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner dem STANDARD.

„Irgendwo hakt es da“

Vor dem Sommer schien sich eine Einigung der fünf Nationalratsparteien abzuzeichnen. Doch die türkis-grüne Regierung, die sich Transparenz an ihre Fahnen heftet, lehnte doch ab. ÖVP und Grüne wollten, dass die Opposition im Gegenzug auch den Beirat der Corona-Finan-

zierungsagentur (Cofag) beschickt. SPÖ, FPÖ und Neos verweigerten das, weil sie Ausschuss und Beirat getrennt sehen. Die Opposition will einen Ausschuss für die gesamten 50 Milliarden Euro. Den Beirat will sie nicht unterstützen, weil sie sich dann selbst kontrollieren und die Cofag gegen oppositionelle Kritik immunisieren würde, so die Befürchtung. Ein Nein dort habe auch nur eine aufschiebende Wirkung, und Ungereimtheiten dürften durch die Verschwiegenheitspflicht nicht kommuniziert werden. Die Cofag verwaltet mit dem Corona-Hilfsfonds und Fixkostenzuschüssen knapp die Hälfte der Hilfgelder.

Für die Grünen sind die Verhandlungen nicht gescheitert. Die ÖVP besteht weiterhin darauf, dass der Beirat beschickt wird. Die Opposi-



SPÖ-Chefin Rendi-Wagner startet einen neuen Ausschussanlauf.

Foto: APA / Roland Schlager

tion will die Regierung beim Wort nehmen. Sowohl Kurz als auch Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) kündigten an, das Parlament stärker einbinden zu wollen – dies vorerst aber nur bei den vielkritisierten Corona-Verordnungen.

Die Neos halten die Kontrolle für wichtig, um auch nachvollziehen zu können, warum Geld nicht fließt. Der Abgeordnete Karin Doppelbauer ist bei der Durchsicht des jüngsten Monatserfolgs des Finanzministeriums aufgefallen, dass den Ressorts bis Ende Juli rund 9,5 Milliarden Euro aus dem Krisenbewältigungsfonds überwiesen wurden. Ausgezahlt wurde mit 1,4 Milliarden Euro aber nur ein Bruchteil davon. „Irgendwo hakt es da“, sagt Doppelbauer. Das Geld könnte aus ihrer Sicht in der Bürokratie feststecken.